

ERITREA

Leiter der Evangelischen Allianz seit 18 Jahren in Kerkerhaft

Zum „Gefangenen des Monats Juni 2022“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelischen Christen Kiflu Gebremeskel aus Eritrea benannt. Der inzwischen 67-Jährige wurde früh morgens um fünf Uhr am 23. Mai 2004 bei einer Razzia in seinem Haus in der eritreischen Hauptstadt Asmara festgenommen. Damals war der promovierte Mathematiker Leiter der Eritreischen Evangelischen Allianz und Koordinator eines Netzwerks von Hauskirchen, die durch ein Regierungsdekret im Mai 2003 sämtlich verboten wurden. Sie hatten sich vergeblich um eine offizielle Registrierung bemüht.

Kiflu Gebremeskel wurde zunächst in einer Polizeistation festgehalten. Später überstellte ihn die Polizei in das berühmte Zentrale Strafvermittlungszentrum Wengel Mermera in Asmara, in dem die Gefangenen wie in einem Kerkerlabyrinth isoliert verschwinden und oftmals seit Jahrzehnten mit mehr auftauchen. Promi-

Musterbrief

An den Präsidenten des Staates Eritrea
c/o Botschaft des Staates Eritrea
Stavangerstrasse 18
10439 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich wende mich an Sie, um auf das Schicksal des eritreischen Christen Dr. Kiflu Gebremeskel aufmerksam zu machen. Der promovierte Mathematiker war Leiter der Eritreischen Evangelischen Allianz, als er am 23. Mai 2004 bei einer Razzia in seinem Haus in Asmara festgenommen wurde.

Kiflu Gebremeskel wurde zunächst in einer Polizeistation festgehalten. Später überstellte ihn die Polizei ins Zentrale Strafvermittlungszentrum Wengel Mermera in Asmara. Es ist nicht genau bekannt, was dem Vater von vier Kindern vorgeworfen wird. Bislang wurde er auch nicht vor Gericht gestellt. Bekannt ist lediglich, dass seine Gemeinschaft verboten wurde, obwohl die Anhänger nur friedlich von ihrem Recht auf freie Religionsausübung Gebrauch machten.

Da Eritrea im Jahr 2002 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifizierte, bitte ich Sie, entsprechend alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um diesen Christen freizulassen. Auch bitte ich um Mitteilung über sein weiteres Schicksal.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>

nente politische Häftlinge sollen an dem Ort eingesperrt sein. Mehrfach, zuletzt 2021, haben Zeugen den früheren Mathe-



FOTO: PRIVAT

matik-Dozenten als Patienten bei Krankenhausaufenthalten erkannt. Er wird aber weiter ohne Anklage oder Prozess festgehalten.

Gläubige, die keiner der staatlich anerkannten Gemeinschaften angehören, kommen in Eritrea weiterhin willkürlich und ohne Verfahren hinter Gitter, werden bedrängt, ihrem Glauben abzuschwören und sogar gefoltert. Selbst Einrichtungen der offiziell anerkannten christlichen Konfessionen wurden in den vergangenen Jahren ohne ersichtlichen Grund durch die Behörden geschlossen.

Die IGFM und IDEA haben Gebremeskel erstmals im März 2005 zum „Gefangenen des Monats“ ernannt. Angesichts der langen Haftdauer bitten sie, nun erneut um Appellbriefe an den seit 1993 herrschenden eritreischen Diktator Isayas Afewerki.

NIGERIA

Traurige Gewissheit im Entführungsfall des katholischen Priesters Joseph Aketeh Bako aus der nigerianischen Erzdiözese Kaduna: Wie erst am 11. Mai bekannt wurde, haben ihn die Täter zwischen 18. und 20. April ermordet. Das 48-jährige Opfer wurde bei einem Überfall auf seine Pfarrei Sankt Johannes im zentralnigerianischen Bundesstaat Kaduna in den frühen Morgenstunden des 8. März 2022 verschleppt. Die Bande, die dafür verantwortlich ist, ermordete dabei auch einen Wachmann. Trotz aller Bemühungen um seine Freilassung auf dem Wege von Verhandlungen folterten die Entführer den Priester, der von schwächerer Gesundheit war. Dies berichtete die Agentur CNA unter Berufung auf das Hilfswerk „Kirche in Not“. Der Bundesstaat Kaduna ist für eine jahrzehntelange Serie von islamistischen Angriffen, vor allem auf Christen, bekannt.

Lynchmord an Studentin in Sokoto: Weltweiten Medienberichten am 13. Mai 2022 zufolge ist im nordnigerianischen Bundesstaat Sokoto eine Studentin nach einem Blasphemievorwurf durch einen fanatisierten Mob gesteinigt und ihre Leiche angezündet worden. Bisherigen Erkenntnissen der örtlichen Polizei zufolge hätten Dutzende muslimische Studenten der jungen Frau vorgeworfen, mit einer Audionachricht in einer WhatsApp-Gruppe den islamischen Propheten Mohammed beleidigt zu haben. Sie drangen in einen Sicherheitsraum der Schulbehörde ein, wo sie sich verborgen hielt, zerrten sie von dort auf die Straße. Die Polizei eilte zwar bald darauf herbei, jedoch gelang es den Sicherheitskräften nicht, die aufgebrachte Menge von den Gewalttaten an der Frau abzubringen und zu zerstreuen. In dem Bundesstaat gilt seit dem Jahr 2000 das islamische Recht, die Scharia.

Prozess gegen Kardinal Zen: Schwerste Vorwürfe fallengelassen

Erleichterung in Hongkong: Die anfänglich schweren Vorwürfe gegen Kardinal Joseph Zen Ze-kun und seine Mitangeklagten wurden bei einer ersten Anhörung am 24. Mai 2022 nicht mehr vorgebracht. Der Prozess gegen den früheren Bischof von Hongkong ist nun voraussichtlich für fünf Verhandlungstage, beginnend mit dem 19. September 2022, vor dem Bezirksgericht West Kowloon angesetzt. Die Kuratoriumsmitglieder der regierungsunabhängigen Organisation „612 Humanitarian Relief Fund“ bekannten sich bei dem ersten Termin vor dem Hongkonger Gericht sämtlich „nicht schuldig im Sinne der Anklage“. Ihnen wird vorgeworfen, ihren Hilfsfonds nicht ordnungsgemäß registriert zu haben. Die Initiative verhalf Pro-Demokratie-Aktivistinnen zum Anspruch auf Rechtsschutz, indem sie den Verfolgten mit Spenden ermöglichte, sich anwaltlich vertreten zu lassen. Der Hilfsfonds wurde im vorigen Jahr nach Ermittlungen aufgelöst.

Zusammen mit drei weiteren Kuratoriumsmitgliedern wurde Zen, der 90 Jahre alt ist, am 11. Mai abends festgenommen und nach einigen Stunden gegen Kautionsfreilassung. Die weiteren Inhaftierten sind der Kulturwissenschaftler Hui Po-keung, die Rechtsanwältin und Journalistin sowie vormaliges Mitglied des Legislativrats Margaret Ng Ngoi-ye, die Sängerin und LGBT-Aktivistin Denise Ho Wan-see. Die Mitangeklagte Cyd Ho Saulan befand sich bereits wegen Verstößen gegen das restriktive Versammlungsgesetz in Haft; mit ihnen steht Sze Ching-wee als Sekretär des Fonds vor Gericht. Vom Vorwurf der „Verschwörung mit fremden Mächten“, der als Vorwand der Festnahme am 11. Mai diente, war bei der Anhörung nichts mehr zu vernehmen. Dieser stützt sich auf das Nationale Sicherheitsgesetz, das die kommunistische Führung in Peking 2020 als Reaktion auf die massiven Proteste im Jahr zuvor der Sonderverwaltungszone aufzwang. Zivilgesellschaftliches Engagement, insbesondere der Einsatz für Menschenrechte, geriet so unter Verdacht der „Staatsgefährdung“. Der Verteidiger der Angeklagten, Robert Pang Yiu-hung, rechnet mit einer Geldstrafe, falls es überhaupt zu einer Verurtei-

lung kommt. Das Strafmaß im Falle eines Schuldspruchs wegen der „Verschwörung“ hätte von drei Jahren bis zu lebenslanger Haft reichen können.

In Rom befürchtete der „Regierungschef“ des Vatikan schon einen diplomatischen Misserfolg: Mit Blick auf das provisorische Abkommen zwischen dem Vatikan und dem kommunistischen China vom September 2018, erneuert im Oktober 2020, wird Kardinalstaatssekretär Pietro



Walter Flick, vormals IGFM-Referent für Religionsfreiheit, Kardinal Joseph Zen und IGFM-Referentin Michaela Koller

Parolin mit den Worten zitiert: „Zuallererst besteht die Hoffnung, dass solche Initiativen den ohnehin komplexen und nicht einfachen Weg des Dialogs weiter erschweren.“ Damit signalisierte er, dass eine weitere Verlängerung über dieses Jahr hinaus noch nicht ausgeschlossen ist. Die Kritiker der Übereinkunft hingegen sehen sich durch die jüngsten Ereignisse bestätigt.

Kardinal Zen, der vom „Wall Street Journal“ als ein „spiritueller Anführer der Pro-Demokratiebewegung Hongkongs“ bezeichnet wurde, befürchtete schon vor zwei Jahren Unheil durch die Einführung des Nationalen Sicherheitsgesetzes in Hongkong. Das Gesetz sei beängstigend. „Auf dieser Grundlage können sie alles mit Ihnen machen“, sagte er damals im Interview. Auf die Frage, ob er selbst Konsequenzen fürchte, antwortete Zen 2020: „Furcht ist jedoch kein guter Ratgeber. Wir müssen nach unserem Gewissen reden und handeln.“

Der frühere Oberhirte Hongkongs kritisierte vor seiner Festnahme zudem die Menschenrechtslage und Religionspolitik Rot-Chinas, das Abkommen zwischen Rom und Peking und die treibende Kraft dahinter, Kardinal Parolin.

Er befürchtete insbesondere, dass etwaige Kompromisse gegenüber den Kommunisten zu weit gehen könnten. In der Folge zeigte sich, dass sich Anhänger der Untergrundkirche vor dem Hintergrund des Abkommens gezwungen sahen, der offiziellen Katholisch-Patriotischen Vereinigung beizutreten. Die verbleibenden Untergrundkatholiken gerieten so noch stärker unter Druck. Inhaftierte Bischöfe wie Untergrundbischof Augustinus Cui Tai von Xuanhua in der Provinz Hebei blieben in Gewahrsam, andere wurden hinter Gitter gebracht: Bischof Joseph Zhang Weizhu von Xinxiang in der chinesischen Provinz Henan wurde am 21. Mai 2021 festgenommen, nachdem er sich strikt geweigert hatte, der staatlich kontrollierten Chinesischen Katholisch-Patriotischen Vereinigung beizutreten.

Die Genannten traten in der Vergangenheit einer kritischen Entwicklung entgegen, die die Lage aller Religionsgemeinschaften in China betrifft und sich seit Jahren deutlich ab-

zeichnet: Im Jahr 2016 gab Staats- und Parteichef Xi Jinping erstmals auf breiter Ebene die Anweisung an die Partei, die ideologische Kontrolle der Gesellschaft zu übernehmen. Die führenden Vertreter der anerkannten Religionsgemeinschaften mussten sich zur Unterwerfung unter die KP bekennen, bevor Xi Jinping schließlich beim 19. Parteikongress im Oktober 2017 forderte, die religiösen Lehren müssten sämtlich die „sozialistischen Grundwerte“ widerspiegeln, in denen viele Christen jedoch reichlich Widersprüche zu ihren Überzeugungen erkennen. Die Konsequenzen sind offensichtlich: Kinder und junge Leute unter 18 Jahren dürfen gar nicht mehr zum Gottesdienst, Kirchen wurden geschlossen, schätzungsweise zwischen 5.000 bis 10.000 Christen auf der Grundlage 2018 eingeführter neuer Regeln für religiöse Angelegenheiten eingesperrt.

Folglich befürchtet die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in Hongkong, die Zuspitzung wirke sich besonders auf die Religionsfreiheit aus, da bezeichnend viele Pro-Demokratie-Aktivistinnen einen „religiösen Hintergrund“ hätten, also Christen sind.